IPG

AUS DEM NETZ 26.10.2017 | Tanya Shoshan

Doch lieber einen starken Führer?

Weltweit ist nur ein Fünftel eindeutig von der repräsentativen Demokratie überzeugt.

„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind…". Schon das berühmte Bonmot Winston Churchills besagt: die Demokratie ist kein non plus ultra. In Zeiten aber, in denen autoritäre Tendenzen weltweit einen Aufschwung erleben, kommt immer öfter die Frage auf: Wieviel Unterstützung genießt die Demokratie überhaupt noch?

Eine Erhebung des Pew Research Center in 38 Ländern zu dieser Frage erscheint zunächst erfreulich: Weltweit sind 70 Prozent aller Befragten vollends oder mehr oder weniger von der repräsentativen Demokratie überzeugt, 13 Prozent halten sie für keine gute Regierungsform. Allerdings trübt ein Blick auf die Meinungen zu undemokratischen Alternativen den positiven Eindruck: Etwa ein Viertel aller Befragten beurteilt eine Militärregierung oder die Herrschaft eines starken Führers als gute Staatsform. 50 Prozent könnten sich auch eine Expertenregierung als Alternative zur repräsentativen Demokratie vorstellen.

Ein Armutszeugnis für die Demokratie also? Erhebt man nur die Anzahl der Menschen, die ausschließlich die repräsentative Demokratie als Staatsform befürworten und eine Regierung durch das Militär, Experten oder eine einzelne Führungsperson ablehnen, so schrumpft die eindeutige Befürwortung der Demokratie in der Tat auf schlappe 23 Prozent.

In Deutschland unterstützen 49 Prozent die repräsentative Demokratie als Staatsform und lehnen alle nichtdemokratischen Alternativen ab, 42 Prozent halten die repräsentative Demokratie für gut, können sich aber auch eine der undemokratischen Führungen vorstellen. Fünf Prozent der Deutschen lehnen die repräsentative Demokratie komplett ab und wünschen sich eine Experten- oder Militärregierung, oder einen Führer.

Die Erhebung zeigt außerdem, dass sich vor allem im rechten Lager

signifikant stärkere Unterstützung für eine starke Führung durch eine Einzelperson manifestiert. Was bedeuten diese ernüchternden Ergebnisse für das politische Handeln? Vor dem Hintergrund des Einzugs der AfD in den Bundestag und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa sind die Ergebnisse Anlass zur Wachsamkeit. Die Studie zeigt: Weltweit ist die Bereitschaft der Bevölkerung, nichtdemokratische Regierungsformen zu unterstützen, nicht zu unterschätzen.



Tanya Shoshan
Berlin

Tanya Shoshan studiert Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin. Im Herbst 2017 arbeitet sie für das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

-